

Rumänien

Anneli Ute Gabanyi

Vor allem zwei Ereignisse prägten das politische Geschehen in Rumänien im ausgehenden Jahr 2013 sowie in den Monaten vor den Wahlen zum Europäischen Parlament: die zum 1. Januar 2014 in Kraft getretene Freizügigkeit für rumänische Arbeitnehmer in der EU und die Krise im Nachbarland Ukraine. Die innenpolitische Entwicklung sowie auch die außenpolitische Positionierung des Landes waren geprägt vom hektischen Aktionismus des rumänischen Staatspräsidenten Traian Basescu, der im letzten Jahr seiner Amtszeit versuchte, sich im veränderten Parteiengefüge eine neue Machtbasis aufzubauen.

Die Ukraine-Krise spaltet die rumänische Führung

Seit der Bildung der vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Victor Ponta am 7. Mai 2012 geführten Regierung hatte es mit Staatspräsident Traian Basescu Kontroversen um außenpolitische Themen gegeben. Während der so genannten „Staatskrise“ des Jahres 2012 hatte die EU-Kommission Präsident Basescu unterstützt. Das änderte sich allerdings am Vorabend des EU-Gipfeltreffens in Vilnius, als Basescu am 27. November 2013 in einem Interview erklärte, die Vereinigung mit der Republik Moldau sei nach dem Beitritt zur NATO und zur EU das dritte große Staatsziel Rumäniens. Premierminister Victor Ponta wiederum wertete den Vorstoß Basescus als die Erklärung eines Präsidenten am Ende seiner Amtszeit. Er hoffe, dass niemand in Europa die Auslassungen Herrn Basescus ernst nehmen werde.

Diese Hoffnung des Premierministers sollte sich jedoch nicht erfüllen. Vertreter der EU-Kommission äußerten ihr Befremden über die Erklärungen Basescus, die Vereinigten Staaten signalisierten Unmut. Bei einem Besuch in Rumänien Anfang Januar 2014 betonte die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland ausdrücklich die Unterstützung der USA für die Souveränität und territoriale Integrität der Republik Moldau sowie für das Recht dieses Staates, seinen künftigen Kurs selbst zu bestimmen. Deutliche Worte der Kritik am rumänischen Staatspräsidenten kamen erstmals auch von hochrangigen Vertretern der Republik Moldau. Iurie Leanca, der Ministerpräsident der Republik Moldau, warf Basescu vor, mit seinen Thesen der Republik Moldau schwerwiegende Probleme zu bereiten. Ausdrücklich begrüßte Leanca die Haltung seines rumänischen Amtskollegen Ponta. Moldau, so Leanca, brauche einen verlässlichen Partner auf dem Weg der europäischen Annäherung, ein Verlust der staatlichen Souveränität komme nicht in Frage.

Erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Staatspräsidenten einerseits und der Regierung andererseits traten auch in der Frage der Einschätzung der Ukrainekrise zutage. Präsident Basescu redete die Bedrohungslage Rumäniens durch die Krise in der benachbarten Ukraine eher klein. Das einzige Problem für Rumänien bestehe darin, dass die Situation in der Ukraine auf das Territorium der Republik Moldau überschwapen könne. Premierminister Victor Ponta hingegen bezeichnete die Ukraine-Krise als das größte Sicherheitsrisiko für Rumänien der letzten 20 Jahre. Gemeinsam mit den NATO-Partnern wolle er die notwendigen Maßnahmen für die künftige Sicherheit Rumäniens treffen. Auch forderte er die Ausarbeitung einer von allen staatlichen Institutionen Rumäniens getragenen Strategie für die Politik gegenüber der Republik Moldau durch den Obersten Verteidigungsrat.

Die Dynamik des politischen Spektrums

Die nach den Parlamentswahlen von 2012 eingeleitete Neuordnung des politischen Spektrums in Rumänien gewann an Fahrt, je näher die Europawahlen rückten. Parteien wurden neu gegründet oder spalteten sich, fusionierten mit anderen Parteien oder positionierten sich neu. Entsprechend hektisch gestaltete sich die Wanderbewegung der Politiker von einer Partei zur anderen, getrieben von dem Wunsch, sich aussichtsreiche Listenplätze bei den Europawahlen zu sichern oder um als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen aufgestellt zu werden. Nicht zuletzt aber standen die Europawahlen im Zeichen der für den November 2014 zu erwartenden Präsidentschaftswahlen in Rumänien, bei denen der seit 2004 amtierende Staatspräsident Traian Basescu nach zwei Amtsperioden nicht mehr kandidieren kann. Um seinen Einfluss auf die politische Entwicklung in Rumänien auch für die Zeit nach dem Ende seiner Präsidentschaft sicherzustellen, griff Basescu zunehmend offen in die Positionskämpfe der Parteien ein. Bereits im März 2013 hatte er sich von der bisherigen Präsidentschaftspartei, der Demokratisch-Liberalen Partei (PDL), abgewandt. Diese hatte zuvor auf ihrem Konvent anstelle von Basescus Favoritin für den Parteivorsitz Elena Udrea den amtierenden Senatspräsidenten Vasile Blaga zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Unmittelbar darauf gründete der Präsident eine auf ihn persönlich eingeschworene Bewegung, die sich im Januar 2014 auch als neue Partei unter der Bezeichnung Partei Volksbewegung (Partidul Miscarea Populara, PMP) konstituierte.

Zugleich verschärfen sich die Spannungen zwischen den beiden wichtigsten Parteien des regierenden Parteibündnisses Uniunea Social Liberala (Sozialliberale Union, USL), der Sozialdemokratischen Partei (Partidul Social Democrat, PSD) und der Nationalliberalen Partei (Partidul National Liberal, PNL). Im Februar 2014 zerbrach die Sozialliberale Union, die Nationalliberalen verließen die von Premierminister Victor Ponta geführte Regierung. Anstelle der PNL trat der Ungarnverband UDMR in die im März 2014 neu gebildete neue (dritte) Regierung Ponta ein. Mehrere nationalliberale Abgeordnete unter der Führung des früheren Ministerpräsidenten Calin Popescu Tariceanu, die den Austritt ihrer Partei aus der bisherigen Regierungskoalition als verfehlt ansahen, gründeten die abtrünnige Liberale Reformpartei (Partidul Liberal Reformator, PLR), die den bisherigen Kurs an der Seite der PSD fortsetzen wollte.

Das Ergebnis der Europawahlen

In Rumänien waren bei den Wahlen am 25. Mai 2014 18.219.749 in den Wählerlisten verzeichnete Bürger aufgerufen, die 32 Abgeordneten für das Europäische Parlament zu bestimmen. Bei den Europawahlen kam das System der Verhältniswahl zur Anwendung, die Wahlhürde für Parteien und Wahlbündnisse betrug 5%, für unabhängige Kandidaten 3%. Auf den Listen von 15 Parteien und Wahlbündnissen waren 572 Kandidaten angetreten, auch 8 unabhängige Kandidaten stellten sich zur Wahl. Alle Kandidaten wurden von dem Nationalrat für die Untersuchung der Archive der Securitate auf ihre eventuelle Zusammenarbeit mit der kommunistischen Geheimpolizei überprüft, zudem mussten sie in einer im Internet einsehbaren Erklärung ihre Vermögensverhältnisse sowie die ihrer Ehepartner bekannt geben.

Mit 32,44% lag die Wahlbeteiligung bei den diesjährigen Europawahlen über der Wählerpräsenz von 2007 (29,47%) und 2009 (27,67%), aber immer noch erheblich unter dem EU-Durchschnitt. Das Wahlbündnis aus Sozialdemokratischer Partei (PSD), Nationaler Union für den Fortschritt Rumäniens (Uniunea Nationala pentru Progresul Romaniei, UNPR) und Konservativer Partei (Partidul Conservator, PC) gewann die Wahlen mit der überwältigenden Mehrheit von 37,60% gleich 16 Sitzen, gefolgt von der Nationalliberalen

Partei (PNL) mit 15% gleich 6 Sitzen, der Liberaldemokratischen Partei (Partidul Democrat Liberal, PDL) mit 12,23% gleich 5 Sitzen, dem Demokratischen Verband der Ungarn Rumäniens, UDMR) mit 6,30% gleich 2 Sitzen und der Partei der Volksbewegung (Partidul Miscarea Populara, PMP) mit 6,21% gleich 2 Sitzen. Mit 6,81% der Stimmen rangierte der unabhängige Kandidat Mircea Diaconu, ein populärer Schauspieler, liberaler Senator und ehemaliger Kultusminister, noch vor der Ungarnpartei, die sich wie bei allen Wahlen auf ihr ethnisches Wählerpotential verlassen konnte.

Bemerkenswert ist bei den Europawahlen in Rumänien das Scheitern europafeindlicher oder europaskeptischer Parteien. Die nationalistische Partei Großrumänien, PRM, die 2009 noch zwei Abgeordnete ins Europäische Parlament entsenden konnte, blieb weit unter der Wahlhürde. Weit unter den Erwartungen ihres Gründers und unter der Fünf-Prozent-Hürde blieb auch die populistische Volkspartei.

Zu den Besonderheiten der rumänischen Europawahlen gehört auch die Diskrepanz zwischen dem Abschneiden der politischen Parteien im Inland und den Ergebnissen, die sie bei den im Ausland lebenden Rumänen erzielten. In der Diaspora landete die Partei Volksbewegung mit 28,63% auf dem ersten Platz, gefolgt von der Demokratisch-Liberalen Partei mit 15%, der von der Sozialdemokratischen Partei geführten Wahlallianz mit 11,04% und der Nationalliberalen Partei mit 8,69%. Da viele der in Spanien oder Italien lebenden Auslandsrumänen in diesen Ländern zur Wahl gehen, war deren Interesse mit Ausnahme der in der Republik Moldau lebenden Besitzern eines (zweiten) rumänischen Reisepasses an den Europawahlen in Rumänien eher gering. Von den rund 30.000 Auslandsrumänen, die sich weltweit in die Wählerlisten eingetragen hatten, leben geschätzte 10.000 in der Republik Moldau und diese wiederum stimmten mit 55% für die von Staatspräsident Traian Basescu geförderte Partei Volksbewegung und mit 22% für die Demokratisch-Liberale Partei, die Basescu jahrelang geführt. Basescu gilt in der Republik Moldau als derjenige rumänische Politiker, dem die dortigen Bürger die Ausgabe rumänischer Pässe zu verdanken haben und der sich in Brüssel am konsequentesten für engere Beziehungen dieses Landes mit der EU einsetzt.

EU-Themen im Wahlkampf

Im Fokus des öffentlichen Interesses in Rumänien stand im Europa-Wahlkampf die Problematik der seit dem 1.1.2014 geltenden Freizügigkeit rumänischer Arbeitnehmer in der EU. Corina Cretu, Spitzenkandidatin der PSD bei den Europawahlen und neue rumänische EU-Kommissarin, führte die vorwiegend innenpolitisch motivierten Kampagnen, die in einigen EU-Staaten gegen die angeblich massenhafte „Armutsmigration“ aus Rumänien geschürt wurden, auf das Erstarken populistischer Strömungen in den alten EU-Staaten zurück. Diese Kampagnen ebenso wie das Eingreifen der EU in die so genannte rumänische „Staatskrise“ des Jahres 2012 haben in der Einstellung der Rumänen gegenüber der EU Spuren hinterlassen. In der Rangliste der positiven Aspekte, die rumänische Bürger einer Meinungsumfrage zufolge mit der EU verbinden, gehört die Freiheit, in die EU zu reisen, dort zu arbeiten und zu studieren mit 91% an der Spitze, gefolgt von der kulturellen Diversität (79%) und der Demokratie (74%). Zugleich aber steht die EU im öffentlichen Bewusstsein auch für die Einmischung in die Innenpolitik des Landes (53%), seine Unterordnung unter die westeuropäischen Staaten (50,6%) und die Ausbreitung der Wirtschaftskrise (49,8%). Derzeit glauben 60% der Befragten, dass die Rumänen in der EU schlecht oder sehr schlecht angesehen sind, während 39% eine gegenteilige Meinung vertreten. Im Europa-Wahlkampf kreisten die Debatten zwischen den politischen Parteien denn auch primär um die Frage, ob und inwie-

weit sich deren Vertreter für die aus der EU-Integration für Rumänien erwachsenen Chancen zum Nutzen der Bürger eingesetzt hätten.

Hingegen spielte in Rumänien, anders als in den vorhergegangenen Jahren, das Thema des Beitritts zum Schengenraum im Europawahlkampf keine herausgehobene Rolle. Dort hat man sich damit abgefunden, dass der Schengenbeitritt des Landes weniger von der – seitens der EU längst offiziell anerkannten – Erfüllung der technischen Vorgaben durch die rumänischen Behörden abhängt als von innenpolitisch motivierten Entscheidungen einzelner EU-Staaten. Zum Jahresbeginn 2014 schien sich in dieser Frage bei einigen bundesdeutschen Politikern ein Umdenken anzudeuten. Anlässlich seines Rumänienbesuchs im März 2014 hatte der Berliner Innensenator Frank Henkel den rumänischen Behörden Erfolge „bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption“ und „eine große Fähigkeit zur Sicherung der EU-Außengrenzen“¹ attestiert. Zur gleichen Zeit hatte die CSU-Landesgruppenvorsitzende im deutschen Bundestag Gerda Hasselfeldt erstmals die Möglichkeit einer möglichen Abkoppelung Rumäniens von Bulgarien in der Frage des Beitritts zum Schengenraum angesprochen. Da die bisher praktizierte „Doppelpacklösung nicht zwingend“ sei, plädierte die Politikerin dafür, Rumänien und Bulgarien nicht länger „gemeinsam zu betrachten“.² „Während es in Bulgarien große Schwierigkeiten mit der Rechtsstaatlichkeit und der Grenzsicherheit gibt, hat Rumänien große Anstrengungen unternommen und kann Erfolge vorweisen.“ Für die praktische Politik blieben diese Einschätzungen bislang folgenlos.

Das Thema des *Beitritts Rumäniens zur Eurozone* stand ebenfalls nicht im Zentrum der Debatten im Vorfeld der Wahlen zum Europaparlament. In Fachkreisen wird das politische Risiko eines zu späten Beitritts zu einer sich konstituierenden Eurozone innerhalb der EU gegen die wirtschaftlichen Risiken eines zu frühen Beitritts abgewogen. Ähnlich wie in Polen will man auch in Rumänien die weitere Entwicklung der Staaten der Eurozone abwarten, bis die Wirtschaft weitere Fortschritte auf dem Wege zu einer realen Wettbewerbsfähigkeit gemacht hat. Die Frage, so Notenbankchef Mugur Isarescu, sei nicht ob, sondern wann Rumänien den Euro einführen und der Bankenunion beitreten werde. Die rumänische Bevölkerung ist in dieser Frage angesichts der Krise in Griechenland, Portugal und Spanien geteilter Meinung. Eine Umfrage aus dem Jahr 2013 zeigt, dass 57% der Rumänen gegen die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung sind und nur 35,4% auf die Landeswährung Leu zugunsten des Euro verzichten würden.

Zwar wurde im Europawahlkampf die Wirtschaftslage in Rumänien durchaus kontrovers diskutiert. Vor den Wahlen konnten die Sozialdemokraten noch mit den von der Regierung Ponta geführten Regierung im Jahr 2013 erzielten wirtschaftlichen Erfolgen punkten. In diesem Zeitraum war das Bruttoinlandsprodukt real um 3,5% angestiegen, vor allem dank der Zuwächse in den Bereichen Industrie und – dank einer guten Ernte – Landwirtschaft. Die Arbeitsproduktivität wies einen Zuwachs von 10,7% im Vergleich zum Vorjahr auf. Trotz der von der Regierung zur Förderung der Binnenkonjunktur getroffenen Maßnahmen – Anhebung der Löhne und Renten sowie der Pensionen von Staatsbediensteten, Absenkung der Mehrwertsteuer für Brot – konnte der Konsum der Bevölkerung nicht relevant gesteigert werden. Am Ende stand ein Rückgang der Investitionen um 9,3%. Die Exporte von Gütern und Dienstleistungen erhöhten sich um 12,8%, die Importe nur um

1 Berlins Innensenator Henkel sammelt Erfahrung in Rumänien, <http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article126335730/Berlins-Innensenator-Henkel-sammelt-Erfahrung-in-Rumaenien.html>.

2 Gerda Hasselfeldt: Für die Integration der Roma in Rumänien muss noch deutlich mehr getan werden, Die Welt, 27.03.2014.

2,3%, was zu einer Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits führte. An vorderste Stelle der Ausfuhr von Gütern standen Maschinen und Transportmittel. Der Handel mit Staaten der EU lag bei 69,6% der Exporte und 75,7% der Importe.³ Die Inflation im Jahre 2013 lag bei 1,55% und damit zum ersten Mal seit 1990 unter 2%.⁴ Die Arbeitslosenrate im Durchschnitt des Jahres 2013 lag bei 7,5%, die Arbeitslosigkeit in den Reihen der Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren bei 24,3%. Infolge des verlangsamten Wirtschaftswachstums in der EU und der wirtschaftlichen Auswirkungen der Ukraine-Krise schwächte sich der wirtschaftliche Aufschwung in Rumänien im ersten Halbjahr 2014 allerdings ab.

Parteien, Programme, Strategien im Europawahlkampf

Die Sozialdemokratische Partei, PSD, als die Wahllokomotive der linken Wahlallianz trat ohne ein ausführliches Wahlprogramm bei den Europawahlen an. In einem knappen Konzeptpapier erläuterte sie die Eckpunkte ihrer Wahlkampagne. Darin präsentierte sie sich als Partei, die in der Lage sei, dem Europäischen Parlament „moderne und effiziente linke Lösungen anzubieten“,⁵ betonte aber zugleich, dass sie sich mit kämpferischen Wahlslogans wie „Stolz darauf, Rumänen zu sein“ und „Ein starkes Rumänien in Europa“ dafür einsetze, dass die rumänische „nationale Identität in der Europäischen Union anerkannt und geschätzt werden müsse“: „Wir schicken Leute nach Brüssel, die stolz darauf sind, Rumänen zu sein und die Rumänien verteidigen werden“, war auf ihren Plakaten zu lesen. Zeitgleich mit der Eröffnung des Wahlkampfes startete die PSD eine Unterschriftenaktion für eine Petition an das Europäische Parlament, um gegen die „Diskriminierung und die ungerechte Behandlung rumänischer Staatsbürger in der EU“ zu protestieren.⁶ Unterstützung von ihrer europäischen Parteienfamilie bekamen die rumänischen Sozialdemokraten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Zur Eröffnung ihres Wahlkampfes in Bukarest waren der Vorsitzende der europäischen Sozialdemokraten Sergei Stanischew und der sozialdemokratische Spitzenkandidat für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten Martin Schulz angereist, der bei den rumänischen Wählern um Unterstützung für seine Kandidatur warb.

Als eine der wenigen im Europawahlkampf angetretenen rumänischen Parteien legte die Nationalliberale Partei, PNL, im Europawahlkampf ein umfassendes „Manifest für die Europawahlen 2014“ vor. Als eine der wenigen rumänischen Parteien präsentierte sie auch konkrete Vorschläge für Reformen und Änderungen in der Struktur und der Funktionsweise der EU-Institutionen. Statt eines raschen Beitritts zur Euro-Zone setzt die PNL auf flexible Wechselkurse und erwägt die Schaffung eines Pakts der Nicht-Euro-Länder. Sie tritt für eine Stärkung des einheitlichen europäischen Energiemarkts ein, die Umsetzung der Donaustrategie, den Aufbau einer einheitlichen europäischen Infrastruktur der digitalen Kommunikation, einen einheitlichen Telekommunikationsmarkt in der EU, die Reform der Vergabemechanismen privaten Bankenkapitals an europäische Firmen sowie eine Stärkung der militärischen und militärtechnischen Zusammenarbeit in Europa. Mit Blick auf das zentrale Thema der Diskriminierung rumänischer Bürger in der EU verlangt die PNL die volle Anerkennung der Rechte der Rumänen einschließlich ihrer Bewegungsfreiheit im EU-Raum sowie ihres ungehinderten Zugangs zum Arbeitsmarkt. Zudem kündigt die Partei an, sich bei den Institutionen der EU gegen eine Diskriminierung ihrer Bürger einzusetzen, wobei

3 http://www.insse.ro/cms/files/arhiva_buletine2014/bsl_1.pdf.

4 <http://www.zf.ro/zf-24/romania-a-incheiat-anul-2013-cu-cea-mai-mica-inflatie-din-1990-incoace-1-55-11896979>.

5 Ponta a lansat USD pentru europarlamentare: <http://www.ziare.com/victor-ponta/psd/ponta-a-lansat-usd-pentru-europarlamentare-ne-prezentam-in-pe-ca-o-tara-demna-cu-partide-capabile-1282025>.

6 <http://www.hotnews.ro/stiri-politic-17107796-psd-mizeaza-carte-a-nationalista-campanie-electorala-trimitem-bruxelles-oameni-mandri-sunt-romani-care-vor-apara-romania-plus-furt-identitate.htm>.

auch die Einleitung von Infringement-Prozeduren gegen jene EU-Staaten ins Auge gefasst werden, die eine Diskriminierung rumänischer Bürger praktizieren oder tolerieren.

Die erst im Januar 2014 vom amtierende Staatspräsident Traian Basescu ins Leben gerufene Partei Bewegung Rumäniens, PMP, kandidierte erstmals bei Europawahlen. Ihre Mitglieder rekrutieren sich zu einem großen Teil aus Überläufern der Demokratisch-Liberalen Partei, die Basescu bis zu seinem Bruch mit der Führung dieser Partei im Mai 2013 unterstützt hatte. Auf ihren Plakanten stellte die Partei Bewegung für Rumänien Elena Udrea, die photogene ehemalige Ministerin und Favoritin des Staatspräsidenten für die Präsidentschaftswahlen in den Vordergrund, obwohl sie selbst nicht für die Europawahlen kandidierte.

Die ebenfalls sehr ausgefeilte Wahlplattform der Partei für die Wahlen zum Europaparlament nimmt ausdrücklich Bezug auf die Doktrin der Europäischen Volkspartei, der sie sich zugehörig fühlt. Als einzige rumänische Partei spricht sich die PMP für die politische Integration eines föderalen Europas mit dem Ziel der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa aus. Es müsse der EU gelingen, so ist in ihrem Wahlprogramm zu lesen, gleichzeitig Wirtschaftswachstum und die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen zu generieren. Die jüngst in der EU aufgetretenen nationalistischen Tendenzen zur Begrenzung der Freizügigkeit der europäischen Bürger findet auch die PMP „inakzeptabel“. Wichtige Unterschiede zwischen den Wahlprogrammen der PNL und der PMP treten vor allem in den Bereichen Steuern und Finanzen zutage. Abweichend von der Mehrheitsmeinung innerhalb der Europäischen Volkspartei setzt sich die PMP für eine Fortführung der Erweiterungspolitik der EU ein und plädiert für eine Aufnahme der Republik Moldau, aber auch Serbiens, in die Europäische Union.

Eine Gratwanderung vollzog im Wahlkampf die ehemalige Präsidentialpartei Demokratisch-Liberale Partei, PDL, die bei den Europawahlen des Jahres 2009 gesiegt hatte. Zum einen musste sie vermeiden, vom Wahlvolk mit dem zunehmend unpopulären Noch-Präsidenten Traian Basescu in Verbindung gebracht zu werden, zum anderen aber wollte sie als „die europäische Partei Rumäniens“, die „Europa in jedes Haus gebracht habe“ – so zwei ihrer Wahlslogans – wahrgenommen werden. Seitdem Rumänien im Jahre 2005 den EU-Beitrittsvertrag unterzeichnet habe, so der Tenor ihrer Wahlwerbung, sei sie die einzige politische Kraft gewesen, die konsequent europäische Werte verteidigt und die politische Garantie für die europäische Integration des Landes dargestellt habe. Auf ihren Plakaten warb sie mit dem Porträt ihrer Europaabgeordneten und ehemaligen Justizministerin Monica Macovei, mit deren Image als Vorkämpferin gegen die Korruption in Rumänien sie zu punkten gedachte. Aus Brüssel waren zur Unterstützung von drei der insgesamt vier rumänischen Parteien, die der Europäischen Volkspartei angehörten – seit 2005 die PDL und seit diesem Jahr die PNL sowie die PMP – der alte sowie auch der neue Vorsitzende der europäischen Volkspartei, Joseph Daul und Manfred Weber, angereist. An der Eröffnung des Europawahlkampfes der Demokratischen Union der Ungarn Rumäniens nahm auch Ungarns Premierminister Victor Orbán teil.

Nach den Europawahlen ging die Neuordnung des Parteiensystems beschleunigt weiter. Am 27. Juli 2014 beschlossen die Führungsgremien von PNL und PDL, als Wahlbündnis unter der Bezeichnung Christlich-Liberale Allianz (Alianta Crestin-Liberala, ACL) bei den Präsidentschaftswahlen im Spätherbst anzutreten. Zu ihrem Präsidentschaftskandidaten kürte sie Klaus Johannis. Zuvor hatte die Partei Bürgerkraft, FC, ihr Aufgehen in der PDL bekannt gegeben. Durch die für Januar 2015 geplante Fusion von PDL und PNL, die nun beide der europäischen Volkspartei angehören, würde erstmals nach 1989 in Rumänien eine große rechte Partei entstehen.